

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

09.07.2010

Ausschussbetreuender Fachbereich

Angelegenheiten der Gemeindeverfassung

Schriftführung

Christian Ruhe

Telefon-Nr.

02202-142237

Niederschrift

Haupt- und Finanzausschuss Sitzung am Dienstag, 18.05.2010

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:02 Uhr - 18:37 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 **Genehmigung der Niederschrift aus den Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses am 18.03.2010 und 25.03.2010 - öffentlicher Teil -**
- 3 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 18.03.2010 - öffentlicher Teil**
0234/2010
- 4 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 25.03.2010 - öffentlicher Teil**
0236/2010

- 5 **Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 6 **Erklärung der Stadt Bergisch Gladbach gegen ausbeuterische Kinderarbeit**
0232/2010

- 7 **Annahme von Schenkungen des Verschönerungsvereins Bergisch Gladbach e.V.**
0224/2010

- 8 **Übertragung von Ermächtigungen für investive Auszahlungen vom Haushaltsjahr 2009 in das Haushaltsjahr 2010**
0248/2010

- 9 **Konjunkturpaket II - Verwendung der Restmittel**
0244/2010

- 10 **Finanzplanung 2010**
- Unterstützungsantrag der Caritas
0119/2010

- 11 **Nachträgliche Genehmigung einer Dienstreise**
hier: Dienstreise des Vorsitzenden des Integrationsrates, Herr Bülent Iyilik, am 20.03.2010 nach Dormagen
0228/2010

- 12 **Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung**
hier: Dringlichkeitsentscheidung zur Genehmigung einer Dienstreise Herrn Iyiliks am 15.05.2010 nach Dormagen
0231/2010

- 13 **Verwaltungsausschuss bei der Agentur für Arbeit; Neuberufung der Mitglieder für die 12.Amtsperiode ab 01.07.2010**
0230/2010

- 14 **Anträge der Fraktionen**

- 14.1 **Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) vom 23.02.2010 zur Finanzlage der Stadt**
0245/2010

- 14.2 **Antrag der Stadtratsfraktion Freie Wählergemeinschaft Bergisch Gladbach einen Arbeitskreis "Haushaltskonsolidierung" einzurichten**
0219/2010

- 14.3 **Antrag der CDU-Fraktion vom 08.03.2010, im Haupt- und Finanzausschuss regelmäßig über die städtischen Kreditgeschäfte zu berichten**
0218/2010

- 15 **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, Herr Bürgermeister Urbach, eröffnet die vierte Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses in der achten Wahlperiode. Er stellt fest, dass der Haupt- und Finanzausschuss ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Für die Sitzung haben sich Herr Wilhelm (CDU), Herr Dr. Baeumle-Courth (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), Herr Gerhards (FDP) und Herr Lang (DIE LINKE. (mit BfBB)) entschuldigt. Sie werden vertreten durch Herrn Sprenger (CDU), Frau Schundau (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), Frau Schmidt-Bolzmann (FDP) und Herrn Santillán (DIE LINKE. (mit BfBB)).

Von Seiten der Verwaltung ist Frau Fahner entschuldigt.

Herr Urbach benennt daraufhin die für die Sitzung relevanten Unterlagen:

- die Einladung vom 05.05.2010 mit den dazugehörigen Vorlagen,
- die mit Schreiben vom 14.05.2010 übersandte Vorlage Nr. 0248/2010 (TOP A 8) sowie
- zwei Ergänzungen zur Vorlage Nr. 0225/2010 (TOP B 6) als Tischvorlagen.

Herr Urbach erläutert, auf Grund eines bedauerlichen Versehens der Verwaltung sei den Ratsmitgliedern die Synopse zur Vorlage Nr. 0225/2010 (TOP B 6) nicht vorab übermittelt worden. Diese ergänzende Unterlage hätten die Fraktionsvorsitzenden heute per Boten und die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses als Tischvorlage erhalten.

Herr Ziffus erläutert, die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN habe die Vorlage Nr. 0225/2010 (TOP B 6) auf Grund der fehlenden und erst zur heutigen Sitzung als Tischvorlagen vorgelegten ergänzenden Unterlagen nicht abschließend beraten und er selbst habe diese in der Kürze der Zeit auch nicht durcharbeiten können. Damit würden die Mitwirkungsrechte der Ratsmitglieder nicht gewahrt. Ein Beschluss könne daher in der heutigen Sitzung nicht getroffen werden.

Herr Waldschmidt schließt sich den Ausführungen von Herrn Ziffus für die SPD-Fraktion an. Er selbst habe die Synopse erst um 12:30 Uhr erhalten. Diese müsse auch in der Fraktion noch diskutiert werden.

Herr Urbach zieht die Vorlage zurück und kündigt gleichzeitig die Einberufung einer zusätzlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zum Termin Dienstag, den 01.06.2010 an.

2. Genehmigung der Niederschrift aus den Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses am 18.03.2010 und 25.03.2010 - öffentlicher Teil -

Herr Waldschmidt erläutert, die Niederschriften seien im Ratsinformationssystem bereits veröffentlicht worden, bevor sie vom Haupt- und Finanzausschuss genehmigt worden seien. Hierauf solle künftig verzichtet und die Niederschriften erst nach der Genehmigung veröffentlicht werden.

Herr Urbach antwortet, dies sei in den vergangenen Jahren als unproblematisch erachtet worden; die Verwaltung werde dieses Verfahren ändern und die Niederschriften erst nach der Genehmigung im Internet veröffentlichen.

Die Niederschriften über die Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses am 18.03.2010 und 25.03.2010 – jeweils öffentlicher Teil – werden genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 18.03.2010 - öffentlicher Teil
0234/2010

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den schriftlichen Bericht zur Kenntnis.

4. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 25.03.2010 - öffentlicher Teil
0236/2010

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den schriftlichen Bericht zur Kenntnis.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Mitteilung zur Postfiliale in Schildgen

Herr Urbach erläutert, die Medien hätten über die Schließung der Postfiliale in Schildgen berichtet. Er habe mit der Deutschen Post gesprochen und die Auskunft erhalten, dass es wieder eine Postfiliale in Schildgen geben werde. Er gehe davon aus, dass dies zeitnah geschehen werde. Die Deutsche Post suche derzeit nach einem neuen Partner. Dabei könnte es sich sowohl um den alten, als auch um einen neuen Standort in Schildgen handeln.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

6. Erklärung der Stadt Bergisch Gladbach gegen ausbeuterische Kinderarbeit
0232/2010

Herr Dr. Fischer äußert die Zustimmung der FDP-Fraktion zu der Erklärung zur Bekämpfung ausbeuterischer Kinderarbeit. Er schlägt vor, die Definition für ausbeuterische Kinderarbeit in der Sachdarstellung der Vorlage – „jegliche Arbeit, bis zum 18. Lebensjahr, die die Gesundheit, die Sicherheit und die moralische Entwicklung von Kindern gefährdet“ – in die Erklärung aufzunehmen.

Frau Schundau weist auf einen Fehler in der Erklärung hin. Der Artikel „Der“ zu Beginn des ersten Satzes der Erklärung zur Bekämpfung ausbeuterischer Kinderarbeit müsse durch den Artikel „Die“ ersetzt werden. Sie bittet darum, dies entsprechend zu ändern. Zudem solle der Halbsatz „wann immer es möglich ist“ im vierten Absatz der Erklärung gestrichen werden. Sie fragt, welche konkreten Maßnahmen die Stadt – wie in der Erklärung angekündigt – durchführen wolle, um die Bürgerinnen und Bürger für das Thema zu sensibilisieren und zu eigenen Maßnahmen gegen ausbeuterische Kinderarbeit zu motivieren.

Herr Urbach antwortet, eine abschließende Meinungsbildung sei hierzu noch nicht erfolgt.

Herr Waldschmidt erläutert, die Erklärung sei ein erster Schritt, den die SPD-Fraktion natürlich mittrage. Die SPD-Fraktion wirke jedoch seit einigen Jahren auf eine Änderung der Vergabeordnung hin, die bisher von Seiten der Verwaltung, der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion immer wieder torpediert worden sei. Seit 2004 seien bereits die Vergabeordnungen in 40 Kommunen geändert worden und es seien ihm dazu bis heute keine rechtlichen Probleme bekannt. Eine Änderung der Vergabeordnung solle so schnell wie möglich beschlossen werden.

Herr Urbach erläutert, es gebe zu diesem Punkt eine Vorlage für die Sitzung des Vergabeausschusses.

Herr Mömkes äußert auch die Zustimmung der CDU-Fraktion zu der Erklärung. Dem Vorschlag von Herrn Dr. Fischer werde sich die CDU-Fraktion ebenfalls anschließen. Die Änderung der Vergabeordnung solle in der Sitzung des Vergabeausschusses beraten werden; die CDU-Fraktion werde dazu einen Beitrag einbringen. Es sei bekannt, dass sich in verschiedenen Kommunen sehr wohl rechtliche Schwierigkeiten auf Grund der entsprechend geänderten Vergabeordnungen ergeben hätten.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst daraufhin unter Berücksichtigung der vorgetragenen Änderungsvorschläge einstimmig folgende **modifizierte Beschlussempfehlung**:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beauftragt den Bürgermeister, die der Vorlage als Anlage beigefügte Erklärung gegen ausbeuterische Kinderarbeit mit folgenden Änderungen zu unterzeichnen und öffentlich für die Bekämpfung von ausbeuterischer Kinderarbeit zu werben:

Die Definition für ausbeuterische Kinderarbeit – „jegliche Arbeit, bis zum 18. Lebensjahr, die die Gesundheit, die Sicherheit und die moralische Entwicklung von Kindern gefährdet“ – wird in die Erklärung aufgenommen.

Der Halbsatz „wann immer es möglich ist“ im vierten Absatz der Erklärung wird gestrichen.

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach appelliert an Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen, Waren zu bevorzugen, die ausbeuterische Kinderarbeit ausschließen.

7. Annahme von Schenkungen des Verschönerungsvereins Bergisch Gladbach e.V. *0224/2010*

Herr Urbach erläutert, der Verschönerungsverein habe in der Zeit vom Jahr 1980 bis zum Jahr 2001 Maßnahmen in Höhe von 710.000,- DM und seit dem Jahr 2002 bis heute Maßnahmen in Höhe von 115.900,- EUR zu Gunsten der Stadt Bergisch Gladbach durchgeführt.

Herr Ziffus weist darauf hin, mit einer Restaurierung der geschmiedeten Eisengitter an den Fenstern des Ratskellers könnte unter Umständen die Möglichkeit einer Verlegung des Einganges zum Ratskeller für den Fall, dass der Ratskeller möglicherweise einmal wiedereröffnet würde, behindert werden. Es solle daher geprüft werden, ob die Restaurierung der Eisengitter mit einem möglichen Umbau des Eingangsbereiches kollidieren könnte.

Herr Urbach antwortet, es handele sich nicht um Verschönerungs-, sondern um Restaurierungsarbeiten. Es sei zudem unwahrscheinlich, dass der Ratskeller in den nächsten Jahren

wiedereröffnet werde; eine Baumaßnahme in dem von Herrn Ziffus beschriebenen Ausmaß wäre abgesehen davon auch unter dem Aspekt des Denkmalschutzes zu sehen.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst einstimmig folgende **Beschlussempfehlung**:

Die nachfolgend genannten Schenkungen des Verschönerungsvereins Bergisch Gladbach e.V. werden mit besonderem Dank entgegen genommen:

1. **Restaurierung der geschmiedeten Eisengitter an den Fenstern linksseitig des Eingangs zum Ratskeller des Rathauses Gladbach und**
2. **Konservierungsarbeiten am Hildebrandbrunnen.**

8. **Übertragung von Ermächtigungen für investive Auszahlungen vom Haushaltsjahr 2009 in das Haushaltsjahr 2010**
0248/2010

Herr Mumdey erläutert, es sei im Nothaushalt vorgeschrieben, dass die Verwaltung dem Rat die Übertragung von Ermächtigungen vorlege, um diesem die Möglichkeit der Überprüfung zu geben. Ab dem 07.10.2009 habe die Stadt Bergisch Gladbach aber nach entsprechender Verfügung des Landrates keine Aufträge mehr erteilen dürfen, was auch nicht geschehen sei. Die in der Vorlage dargestellten Mittelübertragungen seien darin begründet, dass bis zum 07.10.2009 erteilte Aufträge noch nicht abgeschlossen seien. Für den Fachbereich 8 stelle sich die Situation so dar, dass innerhalb der Kreditermächtigungen des Fachbereiches in Höhe von insgesamt rund 10 Mio. EUR im Jahr 2009 Aufträge für rund 3 Mio. EUR erteilt und abgewickelt worden seien. Aufträge in Höhe von rund 4 Mio. EUR seien erteilt worden, aber noch nicht abgeschlossen. Diese Aufträge würden in der Vorlage aufgezeigt. Die übrigen Maßnahmen seien der Haushaltssperre zum Opfer gefallen. Die gleiche Situation bestehe im Kernhaushalt; auch an dieser Stelle werde nur das abgewickelt, was vorher in Auftrag gegeben worden sei.

Herr Zalfen bittet darum, in der Begründung zu I-Auftrag I 82333515 (Wilhelm-Wagener-Schule: Sanierung Turnhalle und Schulschwimmbad) die Formulierung „Aufgabe der Maßnahme“ zu streichen oder zu ändern, damit deutlich werde, dass das Schwimmbad erhalten bleibt. Für eine Aufgabe der Maßnahme gebe es auch keinen Ratsbeschluss.

Dies wird von Herrn Hoffstadt bekräftigt. Er bittet um Bestätigung, dass an dem Objekt Erhaltungsmaßnahmen durchgeführt würden. Die SPD-Fraktion wolle vermeiden, dass durch eine missverständliche Formulierung ein falscher Eindruck entstehe.

Herr Urbach erläutert, in dieser Sache bestehe kein Dissens. Die Vorlage verweise nicht auf eine Aufgabe des Schwimmbades, sondern auf eine Aufgabe der Maßnahme.

Herr Mumdey ergänzt, die Formulierung könne in diesem Sinne umformuliert werden. Die Ingenieurleistungen (Planung) seien vor dem 07.10.2009 in Auftrag gegeben, aber mit der Baumaßnahme sei vor diesem Datum nicht begonnen worden.

Herr Schütz fragt, wie es dazu komme, dass in der Begründung zu den verschiedenen Maßnahmen zumeist die Formulierung „Verzögerung im Baufortschritt“ angeführt werde und worin diese Verzögerungen im Einzelnen begründet seien.

Herr Martmann antwortet, es hätte auch die Formulierung „laufende Baumaßnahme“ verwendet werden können, wobei es in dem einen oder anderen Fall auch Verzögerungen geben könne. Die

meisten Baumaßnahmen würden sich über mehrere Wirtschaftsjahre erstrecken und seien wegen der deshalb notwendigen Mittelübertragungen in der Vorlage aufgeführt.

Herr Dr. Fischer bittet um eine entsprechende Änderung der Formulierung.

Herr Kamp fragt, ob die Stadt rechtlich verpflichtet sei, die Maßnahmen weiter durchzuführen.

Herr Urbach antwortet, es mache wenig Sinn, eine laufende Baumaßnahme abzubrechen.

Herr Ziffus fragt, warum die längst in Betrieb genommene Turnhalle des Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasiums mit 20.000,- EUR in der Vorlage aufgeführt werde.

Herr Mumdey und Herr Martmann antworten, es handele sich wahrscheinlich um Restbeträge, für die noch Rechnungen ausstehen würden.

Herr Santillán erläutert, die Verwaltung könne künftig auf die Begründungen in den Vorlagen verzichten, wenn diese ohnehin falsch seien.

Herr Urbach widerspricht dieser Äußerung. Die Formulierung „Verzögerung im Baufortschritt“ könne durch die Formulierung „Maßnahme noch nicht abgeschlossen“ ergänzt werden.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst unter Berücksichtigung der vorgetragenen Änderungen einstimmig folgende **Beschlussempfehlung**:

Die Übertragung von Ermächtigungen für investive Auszahlungen vom Haushaltsjahr 2009 in das Haushaltsjahr 2010 im Kernhaushalt 100 entsprechend der Anlage 1 der Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Bei der Übertragung von Ermächtigungen für investive Auszahlungen vom Haushaltsjahr 2009 in das Haushaltsjahr 2010 im Wirtschaftsplan Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung verzichtet der Rat auf eine Vorberatung im Infrastrukturausschuss und nimmt diese entsprechend der Anlage 2 der Vorlage zur Kenntnis.

9. Konjunkturpaket II - Verwendung der Restmittel *0244/2010*

Herr Waldschmidt erläutert, in der vergangenen Sitzung des Rates sei ein Beschluss gefasst worden, nach dem die Verwaltung für die Sitzung des Rates am 20.05.2010 eine Synopse erstellen solle, in der zwei mögliche Standorte für die Bücherei in Bensberg gegenübergestellt werden. Vor einer Entscheidung über die Bücherei Bensberg könne kein Beschluss über die Verwendung der Restmittel aus dem Konjunkturpaket II getroffen werden. Herr Waldschmidt beantragt die Vertagung der Beratung und der Entscheidung über die Vorlage in die Sitzung des Rates am 20.05.2010.

Herr Urbach weist darauf hin, der Rat habe beschlossen, die Restmittel für diesen Zweck nicht zu verwenden; ein Beschluss über die Verwendung solle kurzfristig gefasst werden, um die Maßnahmen rechtzeitig durchführen zu können.

Herr Dr. Fischer fragt, worin die unaufschiebbaren statischen Aufbesserungen der Grundschule Frankenforst (Taubenstraße) begründet seien. In der Vorlage würden dafür Gesamtkosten in Höhe von 300.000,- bis 400.000,- EUR prognostiziert. Die Stadt habe die Immobilie vor einigen Jahren erworben und er frage sich, ob ein Baumangel übersehen oder verschwiegen wurde.

Herr Martmann erläutert, die Stadt habe die Schule sehr günstig unter den Verbilligungsrichtlinien des Bundes zum halben Preis erworben. Dies habe der Stadt die Möglichkeit verschafft, die alte Schule an der Elsterstraße aufzugeben, abzureißen und die dadurch frei gewordenen Grundstücke sehr lukrativ zu veräußern. Die Grundschule Taubenstraße sei untersucht und umfangreich saniert worden. Dabei seien die statischen Probleme in den Decken und die derzeit sanierte Schadstoffbelastung nicht aufgefallen. Die statischen Probleme seien vor etwa zwei bis drei Monaten erkannt worden. Im Dachgeschoss sei eine durchhängende Decke aufgefallen, die auf Grund einer zu niedrigen Betonklasse entstanden sei. Die Statik der Decken sei sofort mittels Stützen wieder hergestellt worden, so dass keine Gefahr bestanden habe. Die Verwaltung suche derzeit nach einer Möglichkeit, die statische Ertüchtigung der Decken zu finanzieren, damit die Stützen aus den Klassenräumen wieder entfernt werden können, wozu nun auch Restmittel aus den Mitteln des Konjunkturpaketes II herangezogen werden sollen.

Herr Hoffstadt weist darauf hin, dass auf derartige Probleme in künftigen Fällen besser geachtet werden solle. Im vorliegenden Fall hätte der Kaufpreis sicherlich noch gesenkt werden können.

Herr Martmann entgegnet, die Stadt habe deutlich weniger als 50% des Verkehrswertes für die Liegenschaft gezahlt und durch den Verkauf von Grundstücken, die durch den Kauf dieser Liegenschaft wieder verfügbar wurden, hohe Gewinne erzielt. Es handele sich auch aus heutiger Sicht um ein sehr gutes Geschäft für die Stadt. Generell sei es kaum möglich, den statischen Nachweis eines 50 Jahre alten Gebäudes zu führen, weshalb bei Immobilienkäufen auch darauf verzichtet werde.

Dies wird von Herrn Nagelschmidt bekräftigt. Die Stadt habe die Immobilie mehr oder weniger zum Grundstückspreis erworben. Für das Gebäude sei nur ein geringer Aufschlag entrichtet worden und die Stadt hätte es in jedem Zustand gekauft. Bei den von Herrn Waldschmidt angeführten Argumenten handele es sich um einen reinen Formalismus. Auch bei einer anderen Reihenfolge der Beschlüsse werde man zu den gleichen Ergebnissen kommen.

Frau Lehnert fragt, ob mit dem Abschluss der Maßnahme die Sicherheit aller Räume des Gebäudes hergestellt sei und ob alle Räume überprüft worden seien.

Herr Martmann antwortet, dass mit Abschluss der Maßnahmen – statische Ertüchtigung und Schadstoffsanierung – die der Verwaltung bekannten Mängel behoben sein werden.

Herr Urbach lässt daraufhin über den Vertagungsantrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Für den Antrag stimmen SPD und DIE LINKE. (mit BfBB). Mit den Gegenstimmen der übrigen Ausschussmitglieder wird der Antrag bei Enthaltung der KIDinitiative sowie eines Ausschussmitgliedes aus den Reihen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN mehrheitlich abgelehnt.

Herr Waldschmidt bittet darum, über die Ziffern 1. und 2. des Beschlussvorschlages getrennt abzustimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst daraufhin einstimmig folgende **Beschlussempfehlung**:

1. Die bisher für die Bücherei Bensberg zurückgestellten Restmittel aus dem Konjunkturpaket II werden wie folgt verwendet:

- **Mehrkosten Sportplatz Herkenrath (Stützmauer):** **18.000,- EUR**

Der Dienstreise des Vorsitzenden des Integrationsrates, Herrn Bülent Iyilik, am 20.03.2010 wird nachträglich zugestimmt.

12. **Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung**
hier: Dringlichkeitsentscheidung zur Genehmigung einer Dienstreise Herrn
Iyiliks am 15.05.2010 nach Dormagen
0231/2010

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Absatz 2 GO NRW über die Genehmigung einer Dienstreise Herrn Iyiliks am 15.05.2010 nach Dormagen wird hiermit genehmigt.

13. **Verwaltungsausschuss bei der Agentur für Arbeit; Neuberufung der Mitglieder**
für die 12.Amtsperiode ab 01.07.2010
0230/2010

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst einstimmig bei Enthaltung von DIE LINKE. (mit BfBB) und KIDinitiative folgende **Beschlussempfehlung**:

Für die am 01.07.2010 beginnende 12. Amtsperiode des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit wird als gemeinsamer Vorschlag der Kommunen des Rheinisch-Bergischen Kreises Herr Kreisdirektor Dr. Erik Werdel vorgeschlagen.

14. **Anträge der Fraktionen**

14.1. **Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) vom 23.02.2010 zur Finanzlage**
der Stadt
0245/2010

Herr Dr. Fischer erläutert, die FDP-Fraktion werde dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) in der vorgelegten Fassung nicht zustimmen, vertrete aber die Auffassung, dass die Finanzierungslücke zwischen den übertragenen gesetzlichen Aufgaben und den dafür zugewiesenen Mitteln sondiert werden müsse. Herr Dr. Fischer verliert den der Aktualisierung der Anlage zur Tagesordnung vom 19.05.2010 als Anlage 3 beigefügten Änderungsantrag der FDP-Fraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB). Die Verwaltung solle dazu spätestens in der nächsten Sitzung Stellung nehmen.

Herr Urbach weist darauf hin, dass der für die Prüfung notwendige Verwaltungsaufwand möglicherweise auch den Ratsbeschluss zur Deckelung der Personalkosten berühre.

Herr Dr. Fischer ergänzt, die FDP-Fraktion wolle der Verwaltung keine unnötige Arbeit verschaffen. Wenn diese die Auffassung vertrete, den Aufwand nicht leisten zu können, werde die FDP-Fraktion den Antrag zurückziehen.

Herr Hoffstadt erläutert, eine seriöse Berechnung werde wahrscheinlich nicht möglich sein. Die SPD-Fraktion vertrete nicht die Auffassung der Verwaltung, sich damit zu begnügen, die Initiative des Städte- und Gemeindebundes zu unterstützen und den Ausgang der übrigen Verfahren

abzuwarten. Die Stadt Bergisch Gladbach solle sich in den Prozess einbringen und die Verwaltung dazu ein Konzept vorlegen; eine eigene Verfassungsklage sei aber sinnlos. Es interessiere die SPD-Fraktion, wie und wo der Bürgermeister die Interessen der Stadt konkret vertreten wolle.

Herr Urbach antwortet, die Kolleginnen und Kollegen würden an vielen Stellen in überörtlichen Gremien mitwirken und er selbst sei Mitglied des Präsidiums des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen (StGB NRW), um auf genau diese Punkte aufmerksam zu machen. Zudem sei er auch zu diesem Thema regelmäßig mit den hiesigen direkt gewählten Bundes- und Landtagsabgeordneten in Kontakt.

Herr Ziffus erläutert, die Forderung nach einer ausreichenden finanziellen Ausstattung für die Wahrnehmung übertragener Aufgaben sei sicher berechtigt. Allerdings seien nach ihm vorliegenden Informationen beispielsweise rund drei Viertel des Defizits der Stadt Hagen von dieser selbst zu verantworten, und nur rund ein Viertel vom Land NRW durch Aufgabenübertragung ohne entsprechende Finanzierung. Diese Zahlen entsprächen seinen eigenen Erfahrungen. Die Kommunalpolitik habe in den vergangenen Jahrzehnten Leistungen geschaffen, ohne über die dafür notwendigen Einnahmen zu verfügen bzw. diese verfügbar zu machen. Er erwarte daher mehr Ehrlichkeit in der Diskussion.

Herr Mömkes äußert die Ablehnung des Antrages der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) durch die CDU-Fraktion. Die kommunalen Spitzenverbände sollten bei den Regierungen den entsprechenden Druck ausüben. Es nutze nichts, wenn einzelne Kommunen den Klageweg bestreiten; was insbesondere auch mit Kosten verbunden wäre. Es sei richtig, dass in Zeiten mit besserer Haushaltslage auch in Bergisch Gladbach Leistungen bereit gestellt worden seien, die heute noch viel Geld kosten würden. Es sei jetzt wie in den vergangenen Jahren Aufgabe des Rates, die finanzielle Situation der Stadt durch Aufgabeneinsparungen und Einnahmegenerierungen zu verbessern. Dazu bestünden jedoch im Nothaushalt noch weniger Spielräume als im Haushaltssicherungskonzept. Herr Mömkes verweist auch auf den Antrag der CDU-Fraktion, der Bestandteil der Tagesordnung der heutigen Sitzung sei. Es müsse aber deutlich darauf hingewiesen werden, dass ein Großteil der Ausgaben der Stadt Bergisch Gladbach nicht vom Rat der Stadt Bergisch Gladbach verursacht worden sei, sondern durch die Übertragung von Maßnahmen, wogegen die Stadt sich nicht habe wehren können.

Herr Waldschmidt erläutert, auch die SPD-Fraktion halte eine entsprechende Klageerhebung oder die Unterstützung einer Klage durch die Stadt Bergisch Gladbach für nicht sinnvoll. Der Rat mute den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Bergisch Gladbach in der nächsten Zeit jedoch Erhebliches zu. Wenn die Verwaltung nun vorschlage, die Initiative des StGB NRW zu unterstützen, so solle sie auch darlegen, in welcher Form dies geschehen werde. Dies müsse mit mehr Nachdruck als nur durch Gespräche mit den hiesigen Landtagsabgeordneten geschehen. Die Stadt Bergisch Gladbach müsse gemeinsam mit anderen Kommunen auf die Landesregierung erheblichen Druck ausüben.

Herr Urbach weist noch einmal darauf hin, dass er unter anderem genau dies im Präsidium des StGB NRW als dessen Mitglied vertrete.

Herr Santillán erläutert, es bestehe offensichtlich Einigkeit in der Frage, dass das Konnexitätsprinzip fortlaufend verletzt werde, womit sich eine weitere Überprüfung eigentlich erübrige. Dann solle sich die Stadt Bergisch Gladbach jedoch auch dagegen zur Wehr setzen und die Klagen der anderen Gemeinden unterstützen. Der StGB NRW beklage die Missachtung des Konnexitätsprinzips seit Jahren, tue jedoch tatsächlich nichts dagegen. Auf den StGB NRW könne sich die Stadt Bergisch Gladbach daher nicht verlassen.

Herr Dr. Fischer entgegnet, der Änderungsantrag diene der Quantifizierung des Finanzierungsdefizites. Die Klagen anderer Gemeinden würden möglicherweise an den fehlenden

konkreten Angaben zur unzureichenden finanziellen Ausstattung scheitern. Die Stadt müsse sich unter Umständen weigern, übertragene Aufgaben mit unzureichender finanzieller Ausstattung auszuführen.

Für Herrn Hoffstadt spricht vieles dafür, dem Antrag der FDP-Fraktion zu folgen, damit auch der Öffentlichkeit die Folgen der unzureichenden finanziellen Ausstattung für übertragene Aufgaben aufgezeigt werden können.

Herr Kleine ergänzt, die Wähler hätten bei ihrer Wahlentscheidung zur Bundestagswahl sehr genau gewusst, auf was sie sich einlassen. Die Koalition aus CDU und FDP im Bundestag habe beispielsweise die Hoteliers entlastet und es sollte ausgerechnet werden, wie sich diese Entlastung über das Land auf die Stadt Bergisch Gladbach auswirke. Diese Auswirkungen seien jedoch der Wille der Mehrheit der Wähler und müssten daher letztendlich akzeptiert werden. Er habe jedoch die Hoffnung, dass sich für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen unter einer SPD-geführten Landesregierung Verbesserungen einstellen würden.

Herr Schütz hält den von der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) und der FDP-Fraktion beantragten Prüfauftrag für durchaus sinnvoll. In dieser Sache seien sich viele Fraktionen offensichtlich einig.

Herr Santillán äußert seine Zustimmung zu dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion. Diesen würde die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) übernehmen. Herr Santillán zieht daraufhin den zweiten Teil des Antrages der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB), beginnend mit der Formulierung „Sollte als Ergebnis dieser Prüfung (...)“, zurück. Nach der Prüfung durch die Verwaltung könne ein solcher Beschluss immer noch beantragt werden.

Herr Dr. Fischer entgegnet auf die Ausführungen von Herrn Kleine, er habe bereits im Januar auf einer Veranstaltung der FDP gegenüber zwei Landtagsabgeordneten, einem Bundestagsabgeordneten und einem Landesminister gegen Steuersenkungen zu Lasten der Kommunen protestiert. Die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Bergisch Gladbach denke kommunal und vertrete ihre Auffassung in dieser Sache.

Herr Mömkes stellt fest, dass keine neuen Argumente in die Debatte mehr eingebracht würden. Der Haupt- und Finanzausschuss solle daher zur Beschlussfassung übergehen.

Herr Urbach erläutert, er könne nicht zusagen, dass die Verwaltung noch vor der Sommerpause ein Ergebnis der Überprüfung präsentieren könne. Er lasse daraufhin über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion zum ersten Teil des Antrages der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst einstimmig folgende **Beschlussempfehlung**:

Die Stadt Bergisch Gladbach ermittelt die wesentlichen Aufwendungen (Kosten) der Stadt Bergisch Gladbach, die auf Bundes- und Landesgesetze zurückzuführen sind, und stellt sie den Landeszuweisungen gegenüber. Insbesondere sind dabei jene Aufgaben zu betrachten, die unmittelbare Landeszuweisungen erhalten.

14.2. Antrag der Stadtratsfraktion Freie Wählergemeinschaft Bergisch Gladbach einen Arbeitskreis "Haushaltskonsolidierung" einzurichten

0219/2010

Herr Urbach erläutert, der Ältestenrat habe sich mit dem Antrag befasst und empfohlen, einen Arbeitskreis einzurichten, dem der Kämmerer (Leitung des Arbeitskreises), der Leiter des Fachbereiches Finanzen und je drei Mitglieder der CDU-Fraktion, zwei Mitglieder der SPD-

Fraktion und jeweils ein Mitglied der übrigen im Rat vertretenen Fraktionen angehören. Es sei weiterhin empfohlen worden, für die Mitglieder des Arbeitskreises persönliche Stellvertreterinnen/Stellvertreter zu benennen.

Herr Kamp erläutert, die Fraktion Freie Wähler verfolge mit dem Antrag das Ziel, dass Verwaltung und Rat in Sachen Haushaltskonsolidierung gemeinsam Ergebnisse erarbeiten.

Herr Mömkes ergänzt zu den Ausführungen von Herrn Urbach, der Ältestenrat habe außerdem empfohlen, dass die Mitglieder des Arbeitskreises auf ein Sitzungsgeld verzichten.

Herr Waldschmidt erläutert, die Vorschläge für das Haushaltssicherungskonzept müsse zuständigkeithalber die Verwaltung unterbreiten; dies sei Sache des Bürgermeisters und des Kämmers. Die SPD-Fraktion sei natürlich bereit, die Vorschläge in dem Arbeitskreis im Vorfeld der Ausschuss- und Ratssitzungen zu erörtern.

Dies wird von Herrn Urbach und Herrn Mumdey bestätigt. Das formelle Verfahren werde eingehalten. Die Verwaltung stehe der Einrichtung des Arbeitskreises positiv gegenüber, denn dieser könne einen Konsens zwischen Politik und Verwaltung erreichen. Der Rat habe zwar erst kürzlich den Nothaushalt 2010 beschlossen; die Stadt sei jedoch noch nicht konkret von Überschuldung bedroht. In einem solchen Falle wären Investitionen nur zulässig, wenn sie unabweisbar und pflichtig seien. Es gäbe dann keinen Kreditrahmen mehr, sondern jede Maßnahme müsste einzeln durch die Kommunalaufsicht genehmigt werden. Zusätzliche freiwillige Leitungen könnten dann nicht mehr begründet werden. Die Stadt würde in einer solchen Situation faktisch entmündigt. Deshalb sollten Politik und Verwaltung sich der Haushaltskonsolidierung gemeinsam annehmen.

Herr Santillán äußert die Zustimmung der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) zur Einrichtung des Arbeitskreises, der jedoch nicht die Arbeit der Ausschüsse und des Rates ersetzen könne. Der Haushalt müsse öffentlich diskutiert werden.

Dies wird von Herrn Urbach bestätigt. Der Arbeitskreis könne kein formales Ratsgremium ersetzen.

Herr Ziffus entgegnet, die Kernverantwortung für den Haushalt würden selbstverständlich die Fraktionen tragen, mit deren Stimmen dieser beschlossen worden sei. Er könne nicht einsehen, dass die den Haushalt beschließende Mehrheit in der Vergangenheit gerne das Lob für gelungene Haushalte entgegen genommen habe, und nun fordere, dass der gesamte Rat eine Lösung aus der Haushaltskrise finden solle. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN werde der Einrichtung des Arbeitskreises zustimmen, lehne jedoch eine Übernahme der Verantwortung für die von ihr nicht verursachte Haushaltssituation ab. Der Arbeitskreis solle nicht öffentlich tagen und an den Haupt- und Finanzausschuss angebunden werden, also im Anschluss an diesen tagen, so dass auch die übrigen Ausschussmitglieder als Zuhörer an der Sitzung des Arbeitskreises teilnehmen könnten. Außerdem solle die Möglichkeit bestehen, dass die Fraktionen bei Verhinderung ihres Vertreters in den Arbeitskreis einen Stellvertreter entsenden können.

Herr Urbach antwortet, wenn die Fraktionen die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses in den Arbeitskreis entsenden würden, so könnten dessen Sitzungen eventuell mit den Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses abgestimmt werden. Dies sei anderenfalls jedoch schwierig, da das Ende einer Ausschusssitzung im Vorfeld nicht bekannt sei. In Bezug auf die Zahl der Vertreter der Fraktionen im Arbeitskreis habe sich der Ältestenrat an der Besetzung des Regionale-Beirates orientiert. Die Ratsmitglieder sollten sich ihrer gemeinsamen Verantwortung zur Haushaltskonsolidierung bewusst sein.

Herr Dr. Fischer äußert die Zustimmung der FDP-Fraktion zu der Beschlussempfehlung des Ältestenrates. Dieser müsse nicht unbedingt an den Haupt- und Finanzausschuss angehängt werden. Die FDP-Fraktion sei nicht der Meinung, dass allein die Verwaltung Vorschläge in den Arbeitskreis einbringen solle, sondern auch die Politik. Dazu sollten alle Fraktionen ihren Beitrag leisten.

Herr Nagelschmidt äußert die Zustimmung der CDU-Fraktion zur Einrichtung des Arbeitskreises. Es habe jedoch auch schon in der Vergangenheit derartige Arbeitskreise gegeben, die Einsparvorschläge erarbeitet hätten, von denen etliche bisher noch nicht berücksichtigt worden seien. Nach der Einführung des NKF und der damit einhergehenden vorübergehenden Entschärfung der finanziellen Situation seien diese Vorschläge jedoch zurückgestellt worden. Es sei bedauerlich, dass die SPD-Fraktion sich aus der Verantwortung zurückziehen und keine eigenen Vorschläge einbringen wolle. Die CDU-Fraktion scheue nicht die Öffentlichkeit; es mache jedoch Sinn, dass der Arbeitskreis grundsätzlich nicht öffentlich tage.

Herr Santillán äußert die Erwartung der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB), dass der Arbeitskreis nach Möglichkeit die Lebenssituationen der Menschen verbessern solle. Er sei ebenfalls der Auffassung, dass letztendlich die Verwaltung und die Fraktionen, mit deren Stimmen der Haushalt beschlossen worden sei, die Verantwortung für die Einsparvorschläge tragen würden.

Herr Hoffstadt erläutert, es müsse eine gewisse Vertraulichkeit für den Arbeitskreis vereinbart werden, da dieser sonst keine Ergebnisse liefern werde.

Herr Urbach antwortet, darüber habe im Ältestenrat Einvernehmen bestanden.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst daraufhin einstimmig folgende **Beschlussempfehlung**:

Es wird ein Arbeitskreis „Haushaltskonsolidierung“ eingerichtet. Der Arbeitskreis tagt nicht öffentlich. Ihm sollen unter der Leitung des Kämmerers der Leiter des Fachbereiches Finanzen und je drei Mitglieder der CDU-Fraktion, zwei Mitglieder der SPD-Fraktion und jeweils ein Mitglied der übrigen im Rat vertretenen Fraktionen angehören. Für die Mitglieder des Arbeitskreises werden persönliche Stellvertreterinnen/Stellvertreter benannt. Auf eine Erstattung von Sitzungsgeldern und Aufwandsentschädigungen für diesen Arbeitskreis wird von den Mitgliedern verzichtet.

14.3. Antrag der CDU-Fraktion vom 08.03.2010, im Haupt- und Finanzausschuss regelmäßig über die städtischen Kreditgeschäfte zu berichten
0218/2010

Herr Urbach verweist auf die Stellungnahme des Bürgermeisters in der Vorlage, nach der die Verwaltung die Umsetzung des Antrages zusichere.

Herr Ziffus fragt, wie notwendig die beantragten Berichte angesichts des nach Presseberichten zu erwartenden Anstiegs der Gewerbesteuereinnahmen seien. Darüber könne eventuell auch im Arbeitskreis berichtet werden.

Herr Urbach entgegnet, er sehe keinen sachlichen Zusammenhang zwischen der Frage von Herrn Ziffus und dem Antrag der CDU-Fraktion. Dies wird von Herrn Mumdey bekräftigt. Bisher sei aber kein deutlicher Anstieg der Gewerbesteuereinnahmen erkennbar.

Herr Kamp bittet um folgende Ergänzung des Antrages der CDU-Fraktion: „Darüber hinaus wird beantragt, den Abschluss von Derivaten auf Zinstauschgeschäfte dahingehend zu begrenzen, dass der Abschluss vor Geschäften mit Hebelwirkung und Fremdwährungsgeschäften ausgeschlossen

ist.“ Seit Jahren werde versucht, Derivaterichtlinien auf den Weg zu bringen. Die verlesene Ergänzung sei wahrscheinlich ein einfacherer Weg.

Herr Urbach erläutert, diese Ergänzung könne vorgenommen werden. Die Verwaltung werde die beiden benannten Arten von Geschäften ohnehin nicht abschließen.

Herr Nagelschmidt erläutert, der Anlass für den vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion seien Versäumnisse in einem der städtischen Eigenbetriebe gewesen. Die bis heute nicht vorliegenden Derivaterichtlinien würden jetzt keinen Sinn mehr machen, da die Erlasslage des Innenministeriums mittlerweile sehr eindeutig sei. Swap-Geschäfte sollten nach wie vor möglich bleiben und der Ausschuss über neue Kreditaufnahmen entsprechend informiert werden. Dabei wäre es auch sinnvoll, den aktuellen Stand des städtischen Girokontos zu erfahren und eine Aufstellung über die Darlehnsgeber zu erhalten. Die Information solle jedoch nicht im Arbeitskreis, sondern im Haupt- und Finanzausschuss erfolgen.

Herr Mumdey antwortet, er habe kein einziges Hebelgeschäft und keine Zinsabstandswetten abgeschlossen. Fremdwährungsgeschäfte seien auch nicht abgeschlossen worden; er habe lediglich eines übernommen, das sehr positiv verlaufen sei. Der Kontostand des städtischen Girokontos betrage derzeit etwa 70 Mio. EUR.

Herr Urbach fragt die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses, ob er über den Antrag der CDU-Fraktion inklusive der von der Fraktion Freie Wähler beantragten Ergänzung vor dem Hintergrund der Stellungnahme der Verwaltung abstimmen lassen solle, was von den Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses einvernehmlich verneint wird.

15. Anfragen der Ausschussmitglieder

Frau Schmidt-Bolzmann: Anfrage zum Mediterana

Frau Schmidt-Bolzmann fragt, wann die Verwaltung damit beginnen werde, mit dem Mediterana über die Nachzahlung für das Grundstück, auf dem der Bau eines Hotels geplant sei, zu verhandeln. Das Grundstück sei als Grünfläche verkauft worden und werde nun eventuell in Bauland umgewandelt.

Herr Urbach, die Verhandlungen würden so bald wie möglich beginnen.

Herr Kleine: Anfrage zur Tagesordnung

Herr Kleine fragt, ob die Tagesordnungen der Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses grundsätzlich um den Tagesordnungspunkt „Mitteilungen des Kämmers“ erweitert werden könnten. Unter diesem Punkt sollten die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses jeweils über die aktuelle Finanzlage der Stadt informiert werden.

Herr Urbach antwortet, die Verwaltung werde künftig regelmäßig unter dem Tagesordnungspunkt „Mitteilungen des Bürgermeisters“ über diesen Punkt berichten.

Herr Ziffus: Anfrage zum geologischen Gutachten zur Erweiterung der Tiefgarage „Bergischer Löwe“

Herr Ziffus erläutert, er habe selten ein Gutachten gelesen, in dem so eindringlich vor potentiellen Risiken, die durch Grundwasser entstehen, gewarnt werde, wie in dem geologischen Gutachten zur Erweiterung der Tiefgarage „Bergischer Löwe“. Dies habe auch zu den hohen Kosten pro Stellplatz geführt. Er fragt, ob berücksichtigt worden sei, dass derzeit ein Grundwasserstandminimum bestehe und fünf Jahre später ein Anstieg von ein bis zwei Metern zu erwarten sei. Er fragt, welche Auswirkungen dies auf die Kosten haben werde. Zudem zeige der Lageplan sehr deutlich, dass eine Öffnung der Strunde nur möglich sei, wenn die große Platane neben dem Spielplatz abgeholt werde. Er fragt, ob der Verwaltung bewusst sei, dass dieser stadtbildprägende Baum bei einer Erweiterung der Tiefgarage in diese Richtung entfernt werden müsste.

Herr Urbach verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Herr Ziffus: Anfrage zur Wohnungsmarktanalyse 2009/2010

Herr Ziffus erläutert, die Wohnungsmarktanalyse 2009/2010 zeige, dass die Gebiete westlich der Siedlungskerne Gladbach/Bensberg Richtung Köln besonders attraktiv sein werden. Er fragt, ob dies nicht für eine beschleunigte Entwicklung der Siedlungsachse Hermann-Löns-Kaserne/S-Bahnhof Duckterath inklusive Verlagerung der derzeit dort befindlichen Kraftverkehr Wupper-Sieg spreche.

Herr Urbach verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Herr Schütz: Anfrage zur finanziellen und währungspolitischen Lage

Herr Schütz fragt, wie der Kämmerer die aktuelle finanzielle und währungspolitische Lage beurteile. Es sei offensichtlich überlegenswert, weitere Schulden aufzunehmen, die sich dann auf Grund der zu erwartenden Inflation leicht tilgen ließen.

Herr Urbach antwortet, der Stadt sei im Nothaushalt ein enger rechtlicher Rahmen gesetzt.

Herr Urbach schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

Bürgermeister

Schriftführung